

Dana Musilová

Partei-Politikerinnen in den böhmischen Ländern

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert traten erstmals Frauen in die politische Öffentlichkeit Cisleithaniens. Dies kann als Folge der Modernisierungsprozesse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Erstmals konnten sich Frauen (und andere marginalisierte Teile der Gesellschaft) organisieren und gleiche Rechte einfordern.¹ Die europäische Frauenbewegung vertrat die Auffassung, dass die politische Gleichberechtigung der Frauen durch kollektive Bemühungen effektiver zu erreichen sei als durch individuelle Aktionen.

Die Profilierung der ersten Frauen in der institutionellen Politik der böhmischen Länder fand vor allem im Spannungsfeld der sozialen und nationalen Frage und der Differenzierungen innerhalb der tschechischen Frauenbewegung statt.² Diese Elite stand vor der wichtigen Aufgabe, die Mitglieder der Frauenvereine respektive alle Frauen und die gesamte politische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des politischen Engagements der Frauen zu überzeugen. Ziel war die Bildung einer weiblichen politischen Elite, die die Rechte der Frauen insbesondere im wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Bereich durchsetzen würde.³

Bereits auf den ersten Blick wird also deutlich, dass die ‚Geburt‘ der Politikerin in Cisleithanien ein komplizierter Prozess war. Trotz der nationalen Differenzierung der Frauenbewegung waren Ähnlichkeiten zu beobachten, die in Österreich und in der Tschechoslowakei auch nach dem Ende der Habsburgermonarchie fortwirkten.⁴

In Cisleithanien stand Frauen nur ein stark begrenzter Raum für politische Aktivitäten offen. Neben den politischen Verhältnissen in den böhmischen Ländern, wo sich „die Aufmerksamkeit eines großen Teils der Gesellschaft auf nationale und sozi-

Dana Musilová, Historický ústav, Univerzita Hradec Králové, Rokitanského 62,500 03 Hradec Králové, Tschechien; dana.musilova@uhk.cz

ale Probleme konzentrierte[n]⁵, waren es vor allem rechtliche Hürden, die dagegen standen. Das Gesetz über das Vereinsrecht vom 15. November 1867 unterschied zwischen politischen und nicht politischen Vereinen.⁶ Als politisch wurden jene definiert, deren Aktivitäten in Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung eingreifen wollten. Ihre Tätigkeiten unterlagen strikten Regelungen: Sie durften keine Ausländer, Frauen, Minderjährige, geschäftsunfähige und vorbestrafte Personen aufnehmen; jedes neue Mitglied war innerhalb von drei Tagen der Polizei zu melden; jährlich war eine Mitgliederliste vorzulegen. Frauen verbot das Gesetz explizit, politische Vereine zu gründen.⁷ Die Frauenorganisationen in Cisleithanien kritisierten wiederholt die Bestimmung des § 30 des Vereinsgesetzes, der ihrer Meinung nach das in der Verfassung verankerte Vereinigungsrecht einschränkte. All ihre Versuche, diesen Paragraphen abzuschaffen oder trotz des Verbots einen politischen Frauenverein zu gründen, scheiterten.

Positionierung der Parteien

Im Gegensatz zu den Vereinen waren die politischen Parteien keine Rechtssubjekte, da die österreichische Rechtsordnung weder ihre Stellung noch ihr Wirken regelte. Das hieß, Parteien existierten lediglich *de facto*, nicht *de jure*. Die Staatsmacht konnte somit Frauen auch nicht die Aufnahme in ein rechtlich gar nicht existierendes Subjekt verbieten. Ebenso wenig konnte sie Frauen die Gründung von Parteien verwehren – so jedenfalls die Argumente der führenden Frauen. In der Praxis war die Situation jedoch um einiges komplizierter. Die bestehenden Parteien mussten sich für Frauen öffnen und Frauen mussten bereit sein, in bestehende politische Parteien einzutreten.

Im Jahre 1874 fasste der Sozialdemokrat Josef Boleslav Pecka die Diskussion in der Arbeiterbewegung in den Arbeiterblättern [*Dělnické listy*] wie folgt zusammen:

„Wir begehen ein schweres Verbrechen, wenn wir den Frauen keinen Platz in unserer Bewegung zubilligen. [...] Die mit der Soziallehre bewanderte Frau kann innerhalb ihres Geschlechts hervorragend wirken. Solche Frauen brauchen wir, damit die Arbeiterbewegung, unterstützt durch das weibliche Geschlecht, ihre Aufgabe erfüllt: die Befreiung des Proletariats und die Neuordnung der menschlichen Gesellschaft auf Grundlage allgemeiner Freiheit.“⁸

Gleichzeitig war man sich bewusst, dass es nicht einfach sein würde, Frauen für die 1874 gegründete österreichische *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* (SDAP) zu gewinnen. Vor allem deshalb, weil die Partei eine ambivalente Haltung gegen-

über den Versuchen der Fabrikarbeiter, sich der Frauenkonkurrenz zu entledigen, eingenommen hatte.⁹ Diese Frage war insbesondere in den böhmischen Ländern bedeutsam, einem Zentrum der Industrialisierung Cisleithaniens, wo mehr Frauen als im gesamtösterreichischen Durchschnitt in Fabriken erwerbstätig waren. Diese Fabrikarbeiterinnen zeigten nur geringe Bereitschaft, sich in Arbeitervereinen und Gewerkschaften oder gar in einer Partei zu engagieren. Sie argumentierten mit persönlichen Gründen, mit existentiellen Sorgen, dem Mangel an Zeit und anderen Interessen.

Es dauerte nahezu weitere zwanzig Jahre, bis Frauen in größerer Zahl in den politischen Parteien vertreten waren, und noch länger, bis sie in die Führungsgremien der Parteien gelangten. Verbunden war diese Entwicklung mit der Entstehung von Massenparteien und der Demokratisierung des innerparteilichen Lebens. Frauen begannen als Agitatorinnen, Mitarbeiterinnen und Organisatorinnen interessant zu werden, allerdings nutzten nur die sozialistischen und liberalen Parteien dieses Potential. Die konservativen politischen Gruppierungen lehnten die politische Betätigung von Frauen aufgrund ihrer anderen ‚natürlichen‘ weiblichen Eigenschaften und damit verbundenen spezifischen Aufgaben ab.

Auf dem achten Parteitag im November 1901 in Wien modifizierte die SDAP ihre Definition der Frauenrechte. Sie forderte die „Beseitigung aller Gesetze, die die Frau gegenüber dem Mann diskriminieren, sei es im privaten oder öffentlichen Recht“. Gleichzeitig begannen sich auch die liberalen Parteien intensiver mit der Frauenfrage zu beschäftigen. Die Sozialdemokratie, die sich zu einer Massenpartei entwickelte, musste auf diese Tatsache reagieren, denn in den hochindustrialisierten böhmischen Ländern arbeiteten Tausende Frauen – in der Textilindustrie stellten sie fast die Hälfte aller Arbeitskräfte.

Der Sozialdemokrat und spätere tschechoslowakische Kommunist deutscher Herkunft, Karl Kreibich, erinnerte sich in seinen Memoiren *Těsný domov – širý svět* [Enges Heim – weite Welt] an eine Agitationsreise von Therese Schlesinger und Adelheid Dwořak durch die Industriestädte Nordböhmens.¹⁰ Mit besonderem Stolz schilderte er den Auftritt Dwořaks im böhmischen Zwickau [Cvikov v Čechách], vor allem, dass Dwořak bei seinen Eltern übernachtet hatte. Kreibich berichtete weiters, wie die junge Frau mit ihrem Vortrag örtliche junge Sozialdemokraten für die politische Arbeit begeistert hatte.¹¹

Indem die SDAP die sogenannte Frauenfrage aufgriff, geriet sie in Konflikt mit der sozialistischen Auffassung, dass die Frauenfrage – laut August Bebel – mit der Befreiung des Proletariats verbunden und im Rahmen der sozialistischen Bewegung zu lösen wäre.¹² Dieser Ansatz schloss die Entwicklung einer spezifischen Frauenpolitik aus. Die Sozialdemokratie, nicht nur die österreichische, schaffte es, diesen Widerspruch elegant zu überwinden. Die Lösung der Frauenfrage in eine ferne

Zukunft zu verschieben, so das Argument, würde die Konkurrenzfähigkeit der Sozialdemokratie im Wettbewerb der politischen Parteien um die Stimmen der Frauen verringern. Also musste eine Strategie gefunden werden, um die marxistische These weiter pflegen zu können und gleichzeitig Frauenorganisationen zu gründen, die die Interessen der Frauen solange vertreten würden, bis das Hauptziel der sozialistischen Bewegung erfüllt und eine Gesellschaft von freien und gleichen Frauen und Männern zu schaffen sei. Die Integration von Frauen in die sozialdemokratischen Parteien Europas war von Konflikten begleitet. Nicht anders war es in der SDAP und ihrem 1878 gegründeten tschechischen Zweig. Innerhalb der Partei wurden Stimmen laut, dass Frauen kein Interesse an politischen Aktivitäten hätten und über zu wenig politische Erfahrung verfügten.¹³ Nicht zufällig waren es vor allem bereits in der Partei organisierte Ehe- und Lebenspartner, Väter und Brüder, die Frauen zur Sozialdemokratie brachten.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begann in anderen Parteien der böhmischen Länder ein ähnlicher Prozess,¹⁴ insbesondere in der *National-Sozialen Partei*. Diese bot den Frauen schon kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, am innerparteilichen Leben teilzunehmen. Auf ihrem ersten Parteitag, der vom 9. bis 11. April 1898 in Prag stattfand, wurde ein Parteiprogramm mit einem bemerkenswerten Forderungskatalog beschlossen: Er umfasste das Wahlrecht für beide Geschlechter, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Schaffung von Gewerbeinspektorinnen, das Arbeitsverbot für Wöchnerinnen und für Frauen in „gesundheitsschädlichen Betrieben“, die Einbeziehung der Frauen in die sittliche Erziehung sowie die Bekämpfung von Prostitution und Konkubinat. Weitere Forderungen, wie die Reform der Sozialversicherung, betrafen Frauen in besonderer Weise, diese Reform wurde allerdings nicht ausgeführt.¹⁵

Zwei Jahre später, am 20. Juli 1900, wurde in der Tschechischen Demokratie [*Česká demokracie*] ein neues, erweitertes Programm der *National-Sozialen Partei* veröffentlicht. Als Autor zeichnete Vít Kellner. Dabei handelte es sich um das erste integrale, sich mit der Lösung der Frauenfrage beschäftigende politische Programm einer tschechischen Partei. Ausführlich wurden die Stellung der Frauen in Familie und Gesellschaft analysiert und Vorschläge zur Beseitigung der krassesten Ungleichheit präsentiert. Basierend auf der „natürlichen“ Arbeitsteilung, akzeptierte das Programm die existierenden Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Allerdings sollten diese kein Hindernis für die „völlige[n] Gleichberechtigung“ sein. Kellner positionierte die vorrangige Aufgabe der Frau in der Familie, in der Kindererziehung und in der Haushaltsführung. Damit begrenzte er faktisch das Recht der Frau, zwischen Erwerbstätigkeit und Mutterschaft zu wählen. Die Verbindung beider Aktivitäten lehnte er jedoch nicht ab.¹⁶ Der Standpunkt der *National-Sozialen Partei* zur Frauenfrage blieb bis zum Ersten Weltkrieg unverändert. Ihr pri-

märes Interesse bestand darin, Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sowie Frauen aus den Mittelschichten zu gewinnen. Bei ersteren wetteiferte die Partei mit der Sozialdemokratie, bei zweiteren mit anderen liberalen Parteien. Im Vergleich zur SDAP war in der frauenpolitischen Konzeption der *National-Sozialen Partei* von Vorteil, dass sie auch Frauen aus dem Mittelstand adressierte, die, anders als unterbürgerliche Frauen, Erfahrung mit öffentlichen Tätigkeiten gesammelt hatten, sei es in der Frauenbewegung oder in karitativen Organisationen, was ihnen den Zugang zu politischer Arbeit erleichterte. Überdies bezog die *National-Soziale Partei* bald nach ihrer Gründung Frauen in die Parteileitung ein. Františka Zeminová (1882–1962) wurde, 1905, acht Jahre nach ihrem Parteieintritt, in das Zentralkomitee der Partei gewählt.¹⁷

Frauenwahlrecht

Die Tatsache, dass Frauen in politische Parteien eintraten, sagt weder etwas über ihre Stellung in der Parteihierarchie, noch etwas über ihren Einfluss auf die politische Linie der Partei aus. Die Frauenorganisationen wurden von den politischen Parteien nicht als selbstständige politische Subjekte angesehen, sie sollten bloß die Klientel erweitern. Vor allem in Zeiten von Wahlkämpfen wuchs ihre Bedeutung, da Frauen unentgeltlich Agitations- und Organisationsarbeit leisteten. Im dichter werdenden Diskurs um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurde die Frau auch als potentielle Wählerin wichtiger. In die Führungsebenen der Parteien drangen Frauen großteils erst nach dem Ersten Weltkrieg vor. Ausnahmen bildeten in den böhmischen Ländern die SDAP, die *National-Soziale Partei*, die *Fortschrittspartei* und die *Freisinnige Nationalpartei*.

Das zentrale Thema der ersten Generation cisleithanischer Politikerinnen war das Frauenwahlrecht.¹⁸ Die tschechischen liberalen Frauenvereine, besonders der Tschechische Frauenklub [*Ženský klub český*] und der Ausschuss für das Wahlrecht der Frauen [*Výbor pro volební právo žen*], steigerten ihre Aktivitäten im Kampf für das Frauenwahlrecht von 1905 bis 1907 erheblich. Ähnlich verhielten sich die Aktivistinnen bürgerlich-liberaler Frauenvereine wie des *Allgemeinen österreichischen Frauenvereins* in Wien und in Galizien.¹⁹ Die Mehrheit der politischen Parteien in den böhmischen und in den österreichischen Ländern hatte zu diesem Zeitpunkt eine ambivalente Haltung zum Frauenwahlrecht oder lehnte es rundweg ab. Von den tschechischen Parteien unterstützte es lediglich die *Fortschrittspartei* uneingeschränkt. Die SDAP und die *National-Sozialen* verankerten die Forderung zwar in ihren Programmen, in der Praxis agierten sie jedoch sehr vorsichtig. Übereinstimmend äußerten sie die Befürchtung, das Frauenwahlrecht könnte den „Klerikalis-

mus“ stärken. Für die Durchsetzung engagierten sich einzelne Politiker. Von den tschechischen Politikern waren dies die Reichsratsabgeordneten Thomas G. Masaryk, Václav Choc und Bohuslav Franta. Die tschechische Sozialdemokratie versäumte im Zuge ihres Kampfes für das allgemeine (Männer)Wahlrecht die Möglichkeit, mit dem *Ausschuss für das Wahlrecht der Frauen* (VVPŽ) zusammenzuarbeiten, stattdessen verurteilte sie dessen Programm als für Arbeiterinnen unzulänglich. Auf dem Kongress der sozialistischen Fraueninternationale im Jahre 1907 in Stuttgart erntete die tschechische Sozialdemokratie für diese Position herbe Kritik.²⁰

Frauenspezifische Politikfelder

Parallel zum Kampf um das Frauenwahlrecht diskutierte die cisleithanische Frauenbewegung mögliche Formen der Partizipation der Frauen im politischen Feld, einschließlich der Vertretungsorgane. In den böhmischen Ländern zeigte sich der liberale Flügel der tschechischen Frauenbewegung am aktivsten, indem er seine Positionen zu politischen Rechten und zu allgemeinen Fragen der Frauenemanzipation präsentierte. Allerdings wich der liberale Feminismus bewusst oder unbewusst grundlegenden Fragen aus: Was ist politische Macht, wie erhält man sie und welchem Zweck dient sie?²¹

Die bürgerlich-liberalen Aktivistinnen gingen von der Annahme aus, dass die Frau dank ihrer ‚natürlichen‘ Eigenschaften und durch ihre Lebenserfahrungen zur Hüterin der Moral in der Politik bestimmt sei, diese kultivieren und das dominante männliche Element ausgleichen würde. Auch die Vertreter/innen des gleichen Wahlrechts argumentierten in erster Linie entlang der Geschlechterdifferenz. „Die Frau, und insbesondere die tschechische Frau, hat eine wirklich veredelnde und einigende Sendung“, proklamierte im Juni 1912 Božena Viková-Kunětická, eine der ersten tschechischen Politikerinnen, auf einer öffentlichen Versammlung in Brünn.²² Ähnlich äußerte sich Pavla Moudrá, bekannte Aktivistin der Frauenbewegung und Mitglied der *Fortschrittspartei*:

„Es gibt Fragen, deren definitive Lösung nur eine Frau erreichen kann, [...] und diese Fragen drängen gerade jetzt in den Vordergrund. Krieg, Prostitution, Alkoholismus können die Männer niemals allein beseitigen. Allein durch ihre bloße Anwesenheit trägt die Frau andere, tugendhaftere und edlere, Elemente in das parlamentarische Leben.“²³

Diese Frauen bekamen tatkräftige Unterstützung von männlicher Seite. Der Journalist Alois Hajn argumentierte, dass von der Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben vor allem die Männer profitieren würden, da sie einen Prozess der „Ver-

feinerung und Veredelung“ durchmachen würden. Die Frau würde ihr nationales und politisches Bewusstsein vertiefen, was ihr ermögliche, „sich der menschlichen Würde und auch ihrer Bedeutung für die Gesellschaft als Mutter und Erneuerin des Geschlechts“ bewusst zu werden. Hajn bezeichnete die „menschliche Würde“ der Frau als ihr Kapital, das, im Erziehungsprozess eingesetzt, der Nation eine aufgeklärte junge Generation schenken würde.²⁴ Bei Hajn wie auch bei Božena Viková-Kunětická vermischten sich nationale und demokratische Elemente in der von ihnen konstruierten Figur der politisch tätigen Frau. Ihre öffentliche politische Aktivität sollte zur Erfüllung der Mutterrolle motivieren, die als entscheidend für die Zukunft der Gesellschaft erachtet wurde.

Die Feministin und Politikerin Olga Stránská-Absolonová vertrat eine andere Position. Das primäre Ziel der Frauen bestehe nicht darin, die Mitgliederzahlen der politischen Parteien zu steigern, die Wähler/innenschaft zu vergrößern, den Männern im politischen Kampf um gleiche Rechte zu helfen, und es bestehe auch nicht darin, eigene frauenspezifische Forderungen aufzustellen. Denn diese Art von Politik zu machen entspräche jener der Männer, so Stránská. Auch sie vertrat die Position, dass die Frauen „ein weibliches Element“ in das politische Leben tragen würden, worunter sie „ihr Recht, das Recht der Frauen, das Recht der Weiblichkeit“ verstand. Frauen würden sich von Männern unterscheiden, und die Geschlechterdifferenz solle sich als wertfreies Prinzip in der großen inneren Umwälzung der Gesellschaft durchsetzen. Stránská's Politikbegriff war ähnlich weit wie der von Thomas G. Masaryk. Unter politischer Arbeit subsumierte Stránská das tägliche Wirken der Frauen, einschließlich der Sorge um den Haushalt und die Erziehung der Kinder.²⁵

Die Sozialdemokratinnen orientierten ihre Politik an der Durchsetzung des Frauenwahlrechts und an sozialpolitischen Forderungen. Karla Máchová war als sogenannte erste Intellektuelle eine führende Frau in der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung. Ihr Pendant in der österreichischen Sozialdemokratie war Therese Schlesinger.²⁶ Die Argumentationslinien von sozialdemokratischen und bürgerlich-liberalen Aktivistinnen stimmten in grundlegenden Annahmen überein. Beide Gruppen betrachteten die politische Gleichberechtigung als das Ergebnis der wirtschaftlichen Emanzipation der Frauen. Die Sozialdemokratinnen hielten zwar in Übereinstimmung mit der marxistischen Theorie Frauenerwerbsarbeit für wichtig, sahen jedoch ihre Aufgaben als Mutter und Erzieherin ihrer Kinder für bedeutender an. Auch sie meinten, die emanzipierte Frau garantiere die gesunde Entwicklung künftiger Generationen. Folglich solle der Staat diese Tatsache in seinem eigenen Interesse respektieren, den Frauen gleiche Rechte gewähren und ihnen konsequent sozialen Schutz bieten.²⁷

Übereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen und bürgerlich-liberalen Flügeln der ersten Frauenbewegung bestand auch darin, dass die zukünftigen Politikerinnen frauenspezifische Forderungen zu formulieren und durchzusetzen haben würden. Dieser Konsens ergab sich aus der Ansicht, dass weibliche Abgeordnete die Probleme der Frauen am besten verstünden. Dabei seien zwei Kategorien von Forderungen zu unterscheiden: soziale und politische. Oberste Priorität habe der soziale Schutz der Frauen, basierend auf der potentiellen Mutterschaft. Dieser Aspekt machte aus den Frauen besondere Wesen, die von Seiten des Staates besser geschützt werden müssten als die Männer. Der ‚angeborene‘ Sinn der Frauen für Edelmut, Sittlichkeit und Gerechtigkeit berechtigte die Aktivistinnen, sich an sozialpolitischen Reformen zu beteiligen, die die Lebensbedingungen von Müttern und Kindern verbesserten. Weitere Themenfelder, in denen beide Flügel der Frauenbewegung übereinstimmten, waren die Forderung gleicher politischer Rechte, die Aufhebung des Verbotes der Mitgliedschaft in politischen Vereinen und der Kampf gegen den Krieg. Letzterer wurde wieder eng mit der Mutterschaft verknüpft. Es sei eine ‚natürliche‘ Sendung der Frau, den Krieg zu bekämpfen, da dieser Leben zerstöre.

Die bürgerlich-liberalen Aktivistinnen vertraten eher die Interessen von gebildeten und wirtschaftlich aktiven Frauen und weniger jene der dörflichen Mittelschicht. Die Eckpunkte ihres politischen Programms bildeten der Mutter- und Kinderschutz, die Reform des patriarchalen Ehe- und Familienrechts, die Bildung und Ausbildung von Mädchen und Frauen, die Gleichberechtigung der Frauen in den politischen Parteien, der Kampf gegen Alkoholismus und Prostitution sowie die Reform der Armenfürsorge.²⁸ Die Sozialdemokratinnen forderten den Arbeiterschutz für Schwangere und Mütter, Arbeitszeitverkürzung, die gleiche Entlohnung für Frauen und Männer, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, die Schaffung eines gerechten sozialen Sicherungssystems sowie die Stärkung des sozialen Schutzes der Dienstmädchen und der Heimarbeiterinnen.²⁹ Außerdem standen die Einführung der Zivilehe und die Beseitigung des Einflusses der katholischen Kirche auf das Schulwesen auf der Agenda, Anliegen, die auch viele liberal orientierte Frauen vertraten. Die strategische Schwäche des sozialdemokratischen Konzepts war der einseitige Fokus auf Arbeiterinnen.

Kandidaturen von Frauen zum Böhmischem Landtag

Bekanntlich gelang es nicht, mit dem allgemeinen Männerwahlrecht auch das Frauenwahlrecht in der Habsburgermonarchie einzuführen. Dieser Misserfolg scheint die tschechischen Aktivistinnen noch mehr angespornt zu haben, ihre Ziele gegen

den von Männern dominierten Staat durchzusetzen. Sie wählten die Taktik, in den Wahlgesetzen nach Lücken zu suchen. Im neuen Wahlgesetz zum Reichsrat von 1907 wurden Frauen ausdrücklich vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Františka Plamínková und ihre Mitarbeiterinnen konzentrierten sich deshalb auf die Wahlordnungen der Landtage und wurden in jener des Böhmisches Landtags fündig. Diese Wahlordnung war eine komplizierte rechtliche Regelung, die von der Zeit ihrer Entstehung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts einige demokratische Veränderungen erfahren hatte. Diese betrafen den Vermögenszensus und die Erweiterung des direkten Wahlrechts auf alle Kurien. Frauen wurde das Wahlrecht in der Wahlordnung des Böhmisches Landtags nicht ausdrücklich vorenthalten.³⁰ Dies griff Františka Plamínková auf und zog daraus unter Hinweis auf den demokratischen Grundsatz den Schluss, dass Frauen berechtigt seien, für den Böhmisches Landtag zu kandidieren. Drei Kandidatinnen bemühten sich 1908 um die Gunst der Wähler/innen. Für die Sozialdemokratie kandidierte Karla Máchová, für die *Staatsrechtliche Partei* Božena Zelinková und für den *Ausschuss für das Wahlrecht der Frauen* Marie Tůmová.³¹ Keine dieser Frauen zog in den Landtag ein, das beste Ergebnis erzielte die sozialdemokratische Kandidatin. Im Endeffekt bedeuteten die Kandidaturen aber nicht nur persönliche Erfolge; sie hatten eine größere politische Bedeutung. Vor allem zeigten sie den Frauen, dass der Kampf um das Frauenwahlrecht sinnvoll war und die politischen Parteien begriffen, dass sich ihnen damit ein Raum öffnete, in dem sie mit Hilfe politisch aktiver Frauen weitere Wählerschichten ansprechen und für sich gewinnen konnten.

Eine nächste Gelegenheit für Frauen zu kandidieren bot sich 1912 bei den Komplementärwahlen zum Böhmisches Landtag im Wahlkreis Mladá Boleslav-Nymburk. Ein früheres Übereinkommen zwischen den Führungen der tschechischen politischen Parteien beachtend, wurden für die am 4. Juni 1912 angesetzten Wahlen nur Frauen aufgestellt. Die *Jungtschechen* schlugen als Kandidatin Božena Viková-Kunětická vor, die zugleich von den Aktivistinnen der Frauenbewegung unterstützt wurde. Tatsächlich wurde sie in den Komplementärwahlen gewählt. Den Landtag als Abgeordnete zu betreten gelang ihr jedoch nicht, weil Franz Fürst Thun, Statthalter des Königreiches Böhmen, es ablehnte, das Ergebnis der Wahl zu respektieren und der gewählten Kandidatin nicht die erforderliche Legitimation aushändigte.³² Die Wahl rief großes Echo in der Öffentlichkeit und unter den Aktivistinnen der Frauenbewegung in ganz Europa hervor. Božena Viková-Kunětická sowie die Frauenorganisationen erhielten Glückwünsche befreundeter ausländischer Vereinigungen. Die Schriftstellerin wurde zur Ikone der Frauenstimmrechts-Bewegung. Paradox ist, dass sie sich selbst nicht als Feministin sah. Die Bestrebungen der jungen Generation der Frauenbewegung waren ihr fremd.³³ Obgleich zur selben Zeit mehrere Frauen im tschechischen öffentlichen und politischen Leben agierten und

einige von ihnen aktiver waren als Božena Viková-Kunětická, wurde sie aufgrund ihres Wahlsieges zur ersten institutionalisierten tschechischen Politikerin. Ihre politische Erfahrung konnte sie von 1918 bis 1920 als Mitglied der *Revolutionären Nationalversammlung* der Tschechoslowakischen Republik nutzen.³⁴

Resümee

Die Diskussion in der Frauenbewegung, die Reflexion der Frauenfrage in Theorie und Praxis der politischen Parteien und der Kampf für das Frauenwahlrecht machten die Möglichkeiten, Grenzen und Wirkungen der Partizipation von Frauen am politischen Leben zu einem wichtigen Thema im politischen Diskurs. Auch wenn sich die Gesellschaft mit den politischen Ambitionen der die Bewegung anführenden Frauen nur langsam anfreundete, war es bald nicht mehr möglich, sie zu ignorieren. Reformorientierte Ansichten und traditionelle Vorstellungen vom weiblichen Geschlechtscharakter halfen das Idealbild der zukünftigen Politikerin zu konstruieren. Der Begriff, der in diesem Diskurs sehr häufig verwendet wurde, war ‚Berufung‘. ‚Berufung‘ umfasste eine Reihe als weiblich geltender Tätigkeiten: Hausarbeit, Mutterschaft, Kindererziehung, lehrende und heilende Berufsarbeiten (als Lehrerin, Ärztin, Sozialarbeiterin) und spezifische Aufgaben in der Politik. Frauen sollten nicht deshalb Politikerinnen werden, um innere Befriedigung, materiellen Erfolg oder eine neue Identität zu erlangen, sondern um die ihnen vermeintlich ‚angeborenen‘ weiblichen Eigenschaften zu nutzen und damit das gesellschaftliche Leben zu ‚kultivieren‘. Den Politikerinnen wurde die Aufgabe zugewiesen, ‚höhere‘ (kulturelle, nationale und sittliche) Ziele der tschechischen Gesellschaft zu realisieren, die Moral in der Politik zu hüten und wirtschaftliche, soziale und politische Forderungen der Frauen durchzusetzen.

Während des Ersten Weltkriegs verstummten die Diskussionen über die Emanzipation, die gleichen politischen Rechte und die Berufung der Frauen zu spezifischen politischen Aufgaben. Die Folgen des Krieges – Hunger, massenhafte Arbeitsmobilisierung der Frauen, Witwen und Waisen – fokussierten die Aufmerksamkeit der Frauenbewegung auf die soziale Hilfe für die Kriegsoffer. Dennoch fand Olga Stránská-Absolonová, die sich in der Kriegsofferhilfe besonders für Kinder engagierte, im Frühjahr 1918 die Kraft, ihre eigene Rolle nicht nur im Kontext der Nachkriegspolitik zu formulieren.³⁵ Ihre Vision erfüllte sich schon ein halbes Jahr später: Der Krieg endete, die Tschechoslowakische Republik entstand und die Frauen erhielten das Wahlrecht. Im Unterschied zu anderen Aktivistinnen zeigte sich Stránská gegenüber der Einführung des Frauenwahlrechts zurückhaltend. Als einer der wenigen feministischen Aktivistinnen war ihr bewusst, dass die politische Gleichberech-

tigung eine Reihe von Fragen und Konflikten aufwarf, mit denen nicht nur die Frauenbewegung konfrontiert sein würde, sondern insbesondere jene Frauen, die sich für eine politische Karriere entschieden. Stránskás Einschätzung der künftigen Entwicklung erwies sich als sehr realistisch. Geschlecht wirkte – auch im Kontext rechtlich verankerter politischer Gleichberechtigung – weiterhin als eine Differenzkategorie, die die Machtverhältnisse reproduzierte.

Aus dem Tschechischen übersetzt von Dirk Dalberg

Anmerkungen

- 1 Pavla Vošahlíková, *Jak se žilo za časů Františka Josefa I.* [Wie lebte man in den Zeiten von Franz Josef I.], Praha 1996, 9.
- 2 In den böhmischen Ländern formierten sich entsprechend der national-ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung drei parallele Organisationen der Frauenbewegung – eine tschechische, eine deutsche und eine jüdische. Die Ziele, Organisationsformen und theoretischen Ausgangspunkte waren ähnlich. Eine engere Zusammenarbeit kam jedoch nicht zustande. Die tschechische Frauenbewegung entwickelte sich von Beginn an im Kontext der nationalen Bewegung, vgl. Marie Bahenská/Libuše Hezcková/Dana Musilová, *Iluze spásy. České feministické myšlení 19. a 20. století* [Die Illusion der Erlösung. Tschechisches feministisches Denken des 19. und 20. Jahrhunderts], České Budějovice 2011, 8 f.
- 3 Die polnische Historikerin Dobrochna Kalwa verwendet die Begriffe „weibliche Avantgarde“ und „weibliche Elite“, wenn sie über Frauen spricht, die sich aktiv an den kollektiven Bemühungen um die Emanzipation der Frauen beteiligen. Während die weibliche Avantgarde neue Handlungs- und Verhaltensmuster ausbildete, setzte die weibliche Elite sie durch. Die Grenze zwischen beiden Kategorien ist jedoch fließend. In Cisleithanien finden wir eine Reihe von Aktivistinnen und Feministinnen, die beiden Kategorien zugeordnet werden können, vgl. Dobrochna Kalwa, *Kobieta aktywna w Polsce międzywojennej. Dylamaty środowisk kobiecych* [Aktive Frau in Zwischenkriegs-Polen. Die Zwangslagen der Frauenstandpunkte], Kraków 2001, 18.
- 4 Bemerkenswert scheint die Tatsache, dass viele österreichische Parlamentarierinnen aus den böhmischen Ländern stammten oder dort lebten, z. B. Emmy Freundlich, Marie Köstler, Olga Rudel-Zeynek, Lotte Furreg, Gabriele Proft, Therese Schlesinger oder Amalie Seidl, vgl. Gabriella Hauch, *Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933*, Wien 1996, 241 f.
- 5 Pavla Vošahlíková, *Česká žena v politice a veřejné činnosti na přelomu 19. a 20. století* [Die tschechische Frau in der Politik und in der öffentlichen Tätigkeit um die Jahrhundertwende], in: Jiří Pešek/Václav Ledvinka, Hg., *Documenta Pragensia. Žena v dějinách Prahy* [Die Frau in der Prager Geschichte], Bd. XIII, Praha 1996, 291.
- 6 Reichsgesetzblatt, Nr. 134/1867. <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=18670004&seite=00000377> (5.5.2015)
- 7 Karel Malý, *Dějiny českého a československého státu a práva do roku 1945* [Geschichte des tschechischen und tschechoslowakischen Staates und Rechtes bis zum Jahre 1945], Praha 1999, 252.
- 8 Blanka Soukupová, *Ženská otázka a české dělnictvo* [Die Frauenfrage und die tschechische Arbeiterschaft] (Praha 1867–1881), in: Pešek/Ledvinka, Hg., *Documenta Pragensia*, 260.
- 9 Der Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Österreich vom 5.–6. April 1874 in Neudörfel verabschiedete im Programm „die Begrenzung der Frauenarbeit und die Beseitigung der Kinderarbeit in den Fabriken und Industriewerkstätten“. Damals forderten Arbeiter europaweit die Entlassung der Arbeiterinnen aus den Fabriken. Die Formulierung „Begrenzung der Frauenarbeit“ konnte sowohl ihre zeitliche Begrenzung oder die Begrenzung der Leistung eini-

- ger Arbeiten als auch die Senkung der Anzahl der Arbeiterinnen in den Fabriken aus Konkurrenzgründen bedeuten.
- 10 Therese Schlesinger (1863–1940), Emmy Freundlich (1878–1948) und Adelheid Dworak, verh. Popp (1869–1939), zählten zur weiblichen Avantgarde der SDAP, vgl. Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus, 259 f.; Letztere zählte zudem zu den führenden Politikerinnen der Partei, vgl. dies., Adelheid Popp (1869–1939). Bruchlinien einer sozialdemokratischen Frauen-Karriere, in: dies., Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938, Innsbruck u. a. 2009, 205–224.
 - 11 Karel Kreibich, Těsný domov – širý svět [Enges Heim – weite Welt], Liberec 1968, 203.
 - 12 August Bebel, Žena a socialismus [Die Frau und der Sozialismus], Praha 1962, 36. Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ wurde in Deutschland 1879 publiziert, bis zum Ersten Weltkrieg erfolgten 55 Auflagen allein in deutscher Sprache.
 - 13 Noch auf dem XII. ordentlichen Kongress der sozialdemokratischen Partei im Dezember 1918 meinte ihr Sekretär František Tomášek, dass die Frauen vor dem Krieg „die schwerwiegendste Hürde unserer Organisation waren“, in: Archiv Československé sociální demokracie (AČSD) [Archiv der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie] Praha, ČSDSD [Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei] 1874–1921, 2.
 - 14 Am aktivsten verhielten sich die in der Tschechischen Fortschrittspartei (Česká strana pokroková) und in der Nationalen freisinnigen Partei (Národní strana svobodomyšlná) organisierten Frauen. In der Fortschrittspartei wirkte eine Reihe weiblicher Persönlichkeiten der Frauenbewegung, zum Beispiel Olga Stránská-Absolonová, Pavla Buzková, Pavla Moudrá und Věra Marie Babáková. Im Jahre 1909 entstanden die ersten Frauenorganisationen der Nationalen freisinnigen Partei. Die bedeutendste Persönlichkeit war die Schriftstellerin Božena Viková-Kunětická.
 - 15 Josef Harna, Hg., Politické programy českého národního socialismu [Politische Programme des tschechischen nationalen Sozialismus] 1897–1948, Praha 1998, 37 f.
 - 16 Ebd., 48.
 - 17 Národní archiv (NA) [Nationalarchiv] Praha, Archiv České strany národně sociální [Archiv der Tschechischen National-Sozialen Partei], 53.
 - 18 Daniela Weiland, Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland und Österreich. Biographien, Programme, Organisationen, Düsseldorf 1983, 187–190.
 - 19 Andrzej Chwalba, Kobiety w życiu politycznym Galicji na przełomie wieku XIX a XX [Frauen im politischen Leben in Galizien um die Jahrhundertwende], in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc, Hg., Kobieta i świat polityki. Polska na tle porównawczym w XIX i w początkach XX wieku [Die Frau und die Welt der Politik. Polen in der vergleichenden Perspektive am Ende des 19. Jahrhunderts und am Anfang des 20. Jahrhunderts], Warszawa 1994, 119–134.
 - 20 Renata Wohlgemuthová, Účast žen v sociální demokracii [Die Frauenbeteiligung in der Sozialdemokratie], in: Československý časopis historický [Tschechoslowakische historische Zeitschrift] 13 (1965), 413.
 - 21 Jean Bethke Elsthainová, Veřejný muž, soukromá žena. Ženy ve společenském a politickém myšlení [Öffentlicher Mann, private Frau. Frauen im gesellschaftlichen und politischen Denken], Praha 1999, 224 f.
 - 22 O. Kypr, Hg., Ženy do parlamentů? Příspěvek k otázce volebního práva žen [Die Frauen in den Parlamenten? Beitrag zum Frauenwahlrecht], Jihlava 1912, 5 f. Vergleiche auch den Beitrag von Luboš Velek in diesem Band.
 - 23 Ebd., 6 f.
 - 24 Alois Hajn, Žena a veřejný život [Die Frau und das öffentliche Leben], in: Alois Hajn, Hg., Ženská otázka v letech 1900–1920. Retrospektiva a kulturně historický dokument [Die Frauenfrage in den Jahren 1900–1920. Die Retrospektive und das kulturhistorische Dokument], Praha 1939, 28 f.
 - 25 Olga Stránská-Absolonová, Účast ženy na politickém životě národa [Die Beteiligung der Frau im politischen Leben des Volkes], in: Olga Stránská, Hg., Za novou ženu [Um die neue Frau], Praha 1920, 135 f. Vergleiche auch den Beitrag von Dana Hulková in diesem Band.
 - 26 Gabriella Hauch, „Against the Mock Battle of Words“: Therese Schlesinger, neé Eckstein (1863–1940), a Radical Seeker, in: Günther Bischof/Fritz Plasser/Eva Maltšchnig, Hg., Austrian Lives. Contemporary Austrian Studies 21, Innsbruck/New Orleans 2013, 71–91.
 - 27 AČSD, ČSDSD, 12.

- 28 Kypr, Ženy do parlamentů?, 9 f.; Eva Bock, Therese Schlesinger (1863–1940), Dissertation, Universität Wien 1987, 12.
- 29 Wohlgemuthová, Účast žen, 412; Bock, Therese Schlesinger, 11.
- 30 Malý, Dějiny, 190 f.
- 31 Zu den ersten Frauenkandidaturen zum Böhmischem Landtag vgl. Marie L. Neudorflová, *České ženy v 19. století. Úsilí a sny, úspěchy i zklamání na cestě k emancipaci* [Tschechische Frauen in 19. Jahrhundert. Anstrengungen und Träume. Erfolge und Enttäuschungen auf dem Weg zur Emanzipation], Praha 1999, 270 f.
- 32 Zur Wahl Božena Viková-Kunětickás zur Abgeordneten des Böhmischem Landtags vergleiche Luboš Velek in diesem Band; vgl. Jiří Kořalka, *Zvolení ženy do českého zemského sněmu roku 1912* [Die Wahl der Frau in den Böhmischem Landtag im Jahre 1912], in: Pešek/Ledvinka, Hg., *Documenta Pragensia*, 307–320; Luboš Velek, *První v Rakousku! Zvolení prvního poslance-ženy Boženy Vikové-Kunětické v roce 1912. Příspěvek k vývoji volebního práva a ženského hnutí v habsburské monarchii* [Erste in Österreich! Die Wahl der ersten Abgeordneten Frau Božena Viková-Kunětická im Jahre 1912. Beitrag zur Entwicklung des Wahlrechtes und der Frauenbewegung in der Habsburgermonarchie], in: Milan Vojáček, Hg., *Reflexe a sebereflexe ženy v české národní elitě 2. poloviny 19. století* [Reflexion und Selbstreflexion der Frau der tschechischen nationalen Elite in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts], Praha 2007, 259–319. Siehe auch Neudorflová, *České ženy v 19. století*, 279 f.
- 33 Vgl. Literární archiv Památníku národního písemnictví (LA PNP) [Literaturarchiv des Denkmals für nationales Schrifttum] Praha, Božena Viková-Kunětická.
- 34 Petra Štěpánková, „Když jdu, tak jdu.“ *Nezadržitelná Božena Viková-Kunětická* [Wenn ich gehe, so gehe ich.“ *Unaufhaltsame Božena Viková-Kunětická*], in: Petra Hanáková/Libuše Heczková/Eva Kalivodová, Hg., *V bludném kruhu mateřství. Mateřství a vychovatelství jako paradoxy modernity* [Mutterschaft und Erziehung als Paradoxe der Modernität], Praha 2006, 14–37; vgl. Libuše Heczková/Kateřina Svatoňová, Hg., *Jus Suffragii. Politické projevy Boženy Vikové-Kunětické z let 1890–1926* [Politische Reden von Božena Viková-Kunětická aus den Jahren 1890–1926], Praha 2012.
- 35 Olga Stránská-Absolonová, Přerod [Wandlung], in: *Za novou ženu*, 179–182.